



Rathaus, Fleethörn 9, 24103 Kiel
Telefon 0431 901-2515 oder -2528
Fax 0431 901-62540
E-Mail spd-ratsfraktion@kiel.de
www.spd-fraktion-kiel.de

Essgestört, übersehen und alleingelassen? Essstörungen – die unterversorgte Krankheit

Essstörungen sind eine Krankheit, die in vielen Formen auftritt. Nicht alle Formen sind offiziell als Krankheit klassifiziert – eines der großen Probleme bei der Behandlung des Themas.

Nach Berechnungen der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen e.V. (DHS) sind in Kiel bis zu 40.000 Menschen als essgestört zu bezeichnen. Dabei handelt es sich um eine weite Definition. Die offizielle Definition der Krankheit, die unter anderem die Diagnosen Anorexie, Bulimie und Binge-Eating umfasst, trifft aber immerhin noch auf ca. 5% der Menschen zu. Zu 90 % sind dabei Mädchen und junge Frauen betroffen.

Was können die Akteure im Gesundheitssystem dafür tun, Menschen, die unter einer Essstörung leiden, zu helfen? Welche Rollen kommen speziell der Politik und dem Ehrenamt zu? Darum ging es in der Veranstaltung der SPD-Ratsfraktion Kiel am Mittwoch, 23. Mai 2012, die von der frauenpolitischen Sprecherin der SPD-Ratsfraktion Ingrid Lietzow organisiert wurde. An der Veranstaltung im Ratssaal des Rathauses der Landeshauptstadt Kiel nahmen ca. 60 Personen aus Politik, Sozialinstitutionen und Wohlfahrtsverbänden teil.

Özlem Ünsal (AWO Integrationscenter Ost) moderierte die Diskussion.

Auf dem Podium saßen:

- Bernd Heinemann, MdL, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion
- Michael Janowski, Regionalgeschäftsführer der Barmer GEK
- Juliane Dürkop, Präsidentin der Psychotherapeutenkammer Schleswig-Holstein
- Swaantje Memmert, 1. Vorsitzende von Adiposa – Initiative für Menschen mit Adipositas und deren Angehörige Schleswig-Holstein
- Dr. rer. nat. Thomas Paul, 1. Leitender Psychologe der Psychosomatischen Klinik Bad Bramstedt
- Gabriele Schiedeck, Diplom-Pädagogin und Kinder- und Jugendliche-Psychotherapeutin bei der Frauenberatungsstelle Eß-o-Eß

Dr.rer.nat. Thomas Paul erläuterte eingangs, dass die Therapieplätze bei weitem nicht ausreichen, um alle Betroffenen ausreichend zu betreuen. Bei einem körperlichen Problem beträgt die durchschnittliche Wartezeit zehn Tage, bei einem psychischen Problem mehr als drei Monate. Gravierend ist das Schnittstellenproblem zum therapeutischen Bereich. Beratung als Prävention ist entscheidend. In der Realität gehen die Patienten jedoch zuerst in die Klinik, weil zu wenige Beratungsstellen zur Verfügung stehen.

Den Eindruck der Unterfinanzierung von ambulanten Plätzen und Beratung unterstrich Gabriele Schiedeck, indem sie aus den Erfahrungen der Frauenberatungsstelle Eß-o-Eß berichtete. Die Wartezeit auf einen Therapieplatz beträgt bereits mehr als ein halbes Jahr. Der Beratungsbedarf ist steigend. Eß-o-Eß übernimmt dabei meist die Erstberatung. Menschen kommen zur Beratung auch zum Beispiel aus Flensburg oder Neumünster nach Kiel. Dies unterstreicht die Wichtigkeit der Beratungsstelle. Ein großes Problem ist die Versorgungslage ambulanter Behandlung, auch nach erfolgreicher Therapie. Hier sind Selbsthilfegruppen wichtig. Außerdem muss das gesellschaftliche Schlankheitsideal

thematisiert werden, das einen starken Katalysator für die Entstehung und Entwicklung von Essstörungen darstellt.

Michael Janowski stellte die Position der Krankenkassen dar. Diese bieten gerne Hilfe für ihre Kunden an, werden aber häufig von den Betroffenen nicht aufgesucht. Krankenkassen sind deshalb nur eingeschränkt tätig; für das größte Problem, nämlich die Schaffung ambulanter Behandlungsplätze, sind die Kassenärztlichen Vereinigungen zuständig. Es ist dringend notwendig, auch mit diesen in einen Dialog zu treten. Da die Krankenkassen keinen gesetzlichen Auftrag haben, können sie nur informieren und beraten, Selbsthilfegruppen unterstützen oder Projekte mit Organisationen, wie Projekttag an Kieler Schulen, durchführen.

Juliane Dürkop ging anschließend auf die Aufgaben der Psychotherapeutenkammer ein, der sie als Präsidentin vorsteht. Es gibt einen weitaus größeren Bedarf an Psychotherapie als Plätze vorgesehen sind. Eine realistische Bedarfsplanung durch die Politik ist daher dringend notwendig. Sie bemängelt zudem, dass in den Medien zu wenig über Hilfsmöglichkeiten informiert wird.

Swaantje Memmert betonte die schwierige Situation der von Adipositas Betroffenen. Insbesondere unterstrich sie die komplizierte Aufgabe, ehrenamtlich einen Verein zu gründen, um zivilgesellschaftliche Hilfe dort zu leisten, wo das Gesundheitssystem überlastet wird. Adipositas ist zwar ein ernsthaftes Problem für die Betroffenen, fällt aber nicht unter die enge Definition von Essstörungen. Daher werden adipöse Menschen oft alleingelassen. Eine große Hilfe für Betroffene sind deshalb Selbsthilfegruppen, von denen es viel zu wenige gibt.

Bernd Heinemann ging auf die Forderungen an die Politik ein. Der anstehende Regierungswechsel in Schleswig-Holstein wird sich positiv auswirken. Beispielsweise gibt es derzeit kein funktionierendes Präventionsgesetz. Da 15% der Bulimiefälle zum Tode führen, ist die Behandlung sehr wichtig. Gleichzeitig ist in der Frage der Definition von Krankheiten und der Versorgung auch der Bundesausschuss gefragt, in dem alle Akteure im Gesundheitssystem zusammenwirken. Krankhafte Schönheitsideale in der Werbung werden gesundheitspolitisch leider kaum behandelt. Letzlich nehmen nicht nur Essstörungen sondern psychische Erkrankungen im Allgemeinen immer mehr zu und stellen zunehmend ein gesellschaftliches Problem dar. Diese besorgniserregende Entwicklung ist von Politik und Krankenkassen alleine ohne eine starke Zivilgesellschaft nicht zu bewältigen.

In der anschließenden mit dem Publikum geführten Diskussion wurde deutlich, dass Betroffene und ehrenamtliche sowie hauptamtlich geführte Institutionen sich mehr Hilfe von den Krankenkassen und der Politik erwarten. Die Hoffnung, Krankenkassen mögen die Versicherten mehr als Mitglieder denn als Kunden sehen, fand große Zustimmung.

Die Podiumsteilnehmer regen die folgenden Verbesserungen an:

- Ärzte sollten verstärkt in Ernährungsmedizin unterrichtet werden, um Patienten gut beraten zu können.
- Es muss eine gesellschaftliche Debatte darüber geben, was gesundheitliche Versorgung den Bürgerinnen und Bürgern wert ist.
- Präventionsprojekte müssen, soweit feste Stellen nicht finanzierbar sind, stärker gefördert werden.
- Eine bessere Versorgung mit Psychotherapieangeboten in der Fläche ist nötig.
- Das GKV-Versorgungsstrukturgesetz muss im Land so umgesetzt werden, dass sich die Situation der Therapieplätze verbessert.

Gesa Langfeldt, Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion, erklärte in ihrem Abschlussstatement, dass die Politik vor allem dort gefordert ist, wo es um Starthilfe für Projekte und um Netzbildung geht. Durch unsere Veranstaltung können sich verschiedene Akteure austauschen, die sich alle mit der Krankheit Essstörungen

beschäftigen – ob haupt- oder ehrenamtlich oder als Betroffene. Wir hoffen außerdem, dass so ein breiteres Problembewusstsein geschaffen wird.

Die SPD-Ratsfraktion steht auch in Zukunft dafür ein, zivilgesellschaftliches Engagement kommunal bestmöglich zu fördern. Wir ermuntern alle Interessierten, das Gespräch mit uns zu suchen. Über Kontaktmöglichkeiten für Hilfsangebote informieren wir ebenso gerne.

Einige Adressen zur Vertiefung:

- Adiposa
Initiative für Menschen mit Adipositas und deren Angehörige Schleswig-Holstein
Wendenweg 24
24145 Kiel
swaantje@adiposa.de
<http://www.adiposa.de/>
- Frauentreff / Eß-o-Eß
Kurt-Schumacher-Platz 5
24109 Kiel
Tel. 0431 524241
mail@frauentreff-essoess.de
<http://www.frauenberatungsstelle-kiel.de/>
- Hotline Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)
Tel. (02 21) 89 20 31
Die BZgA bietet eine Fülle von Hilfsangeboten auf ihrer Website
<http://www.bzga-essstoerungen.de/>
- Psychotherapeutenkammer Schleswig-Holstein
Alter Markt 1-2
24103 Kiel
Tel. 0431 6611990
info@pksh.de
<http://www.pksh.de/>
- Selbsthilfekontaktstelle
KIBIS Kiel
Königsweg 9 (Innenhof)
24103 Kiel
Tel. 0431 672727
kibis-kiel@t-online.de
<http://www.kibis-kiel.de/>